



Nummer: 154/2013
den 22. Nov. 2013

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

- Öffentlich
 Nichtöffentlich
 Nichtöffentlich bis zum
Abschluss der Vorberatung

- KT
 VFA 05. Dez. 2013
 ATU
 ATU/BA
 SOA
 KSA
 JHA

Betreff: Asylbewerberunterbringung im Landkreis Esslingen

- Anlagen: 1) Antrag der Kreistagsfraktion Freie Wähler vom 23.10.2013
2) Übersicht landkreiseigene Immobilien
3) Unterbringung von Asylbewerbern in den Kreiskommunen

- Verfahrensgang: Einbringung zur späteren Beratung
 Vorberatung für den Kreistag
 Abschließender Beschluss im Ausschuss

BESCHLUSSANTRAG:

Kenntnisnahme

Auswirkungen auf den Haushalt:

Keine

Sachdarstellung:

Nach der Zugangsprognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie der bisherigen Zugangsentwicklung in Baden-Württemberg ist auch im Jahr 2014 davon auszugehen, dass der Landkreis Esslingen mit mtl. Zuweisungen von rd. 100 Asylbewerbern zu rechnen hat. Nach Abzug der Fluktuationen in den bestehenden Gemeinschaftsunterkünften sind de facto mtl. 75 neue Plätze zu schaffen (vgl. Sitzungsvorlage Nr. 114/2013). Bis Ende des Jahres 2014 beläuft sich somit die Anzahl der unterzubringenden Asylbewerber im Landkreis Esslingen voraussichtlich auf insgesamt 1900.

1) Asylbewerberunterbringung in landkreiseigenen Immobilien

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und der Notwendigkeit, für die Bewältigung der Aufgabe Mittel in erheblichem Umfang bereitzustellen, beantragte die Kreistagsfraktion Freie Wähler mit Schreiben vom 23.10.2013 darzustellen, in welchen landkreiseigenen Immobilien Asylbewerber untergebracht sind bzw. untergebracht werden können (s. Anlage 1).

Die in Betracht kommenden Immobilien wurden in beiliegender Übersicht zusammengestellt und mit entsprechenden Hinweisen und Bemerkungen erläutert (s. Anlage 2).

2) Unterbringung von Asylbewerbern in den Kreiskommunen

In der Anlage 3 ist dargestellt, welche Kreiskommunen zum Stand 30.10.2013 Asylbewerber aufgenommen haben. Ferner ist der Übersicht zu entnehmen, wie sich die rechnerische Verteilung entsprechend der Einwohnerzahl unter Zugrundelegung von 1900 Asylbewerbern bis Ende 2014 ergeben würde.

Trotz der bisherigen Mithilfe der Kreiskommunen, bedarf es weiterhin der tatkräftigen Unterstützung. Die Verwaltung wird erneut die Kommunen eindringlich um Unterbringungsmöglichkeiten bitten.

Heinz Eininger
Landrat